



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

γ.: Aus Schwaben.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

auch die Ausführung recht bald folgen lassen wird. Die Interessen der Bodencultur, der Landwirthschaft und der Industrie gehen hier Hand in Hand: sie verlangen die Herabsetzung einer „Steuer“, welche die Aufbringung der meisten übrigen Steuern wesentlich erschwert, weil sie einmal verhindert, daß dem Boden zurückgegeben werde, was ihm genommen wurde, und weil sie zweitens die Ausbeutung der vorhandenen Erträge beeinträchtigt.

### Aus Schwaben.

Im December.

Die Introduction ist vorüber, und wenn man von ihr auf den Charakter des nachfolgenden Stücks schließen darf, verspricht dasselbe lebhaft, bewegt, effectreich zu werden. Ein rascheres Tempo muß in den Gang unserer Staatsmaschine kommen. Das bedeuten, wie wir belehrt worden sind, die Neuwahlen, die so viele Frischlinge der Kammer zugeführt haben. Krieg gegen das Ministerium! so tönt der Ruf auf der Linken wie auf der Rechten, aus den Reihen der Volkspartei wie aus denen der Nationalen. Mögen nur, sagte Karl Mayer, von der einen Seite wir von der Volkspartei, von der anderen die „Preußen“ auf das Ministerium dreinschlagen, so wird doch Klarheit in die Situation kommen. Von dieser wünschenswerthen Klarheit war überhaupt in den einleitenden Debatten viel die Rede. Die Linke scheint ganz besonders dieses Bedürfnis zu empfinden.

Unter so kriegerischen Auspicien eröffnet die neue Session. Es liegt auf der Hand, daß der Lieblingwunsch des Particularismus, innerhalb des souveränen Staats das Haus der Freiheit zu errichten und auszubauen, um darin gegen alle Stürme wie gegen alle Verlockung gesichert ein behagliches Dasein zu führen, beneidenswerth für die außerhalb wohnenden Brüder — wofern dieser Name, den man gern für die Gesinnungsgegnossen jenseits der Vogesen reservirt, anwendbar ist auf das barbarische Mischvolk nördlich vom Main — es liegt auf der Hand, daß die Verwirklichung dieses Lieblingwunsches bei so kriegerischer Disposition der Gemüther erhebliche Schwierigkeiten haben wird. Man versteht jetzt, warum die Regierung vorsichtig mit der Ankündigung großer Reformen gewesen ist. So wie die Parteien sich gegenüberstehen, wird Niemand diese Kammer zu der Pflanzung lebensfähiger und grundlegender Einrichtungen für berufen erachten. Es überwiegt die Leidenschaft des Moments. Für jetzt ist die Lösung nicht aufbauen, sondern niederreißen, nämlich das Ministerium. *Abasso il ministero!*

Auch das Ministerium hat seine Partei, aber sie besteht aus acht Mitgliedern. Acht Abgeordnete von dreiundneunzig, ausschließlich Staatsbeamte, nebst dem Oberbürgermeister der Residenzstadt, haben den Muth gehabt, sich als conservative Partei zu constituiren. Damit sind natürlich die Mittel nicht erschöpft, die das Ministerium in einer Kammer besitzt, in welcher noch ein namhafter Bruchtheil seine Sitze kraft Privilegien einnimmt. Aber es ist bezeichnend als Resultat eines Wahlkampfes, in welchen die Regierung als Partei eingetreten ist. Es ist ein Gradmesser für das Vertrauen, welches die Politik der Regierung im Lande sich erworben hat.

Sie selbst hat durch ihre Haltung bei den Zollparlamentswahlen sich diese Lage geschaffen. Damals konnte man schon die Folgen voraussehen und man hat sie vorausgesagt. Ihr widernatürliches Bündniß mit der Volkspartei, welche von ihr als Avantgarde benutzt wurde, hat der letzteren den Einfluß verschafft, mit dem sie die Landtagswahlen beherrschte. Damals gingen die conservativen Elemente aus Rand und Band. Die Bureaucratie gefiel sich darin die Jacobinermütze aufzusetzen, der Beobachter wurde das Leiborgan der Oberamtleute; nicht mehr nur verstoßlenerweise, wie bisher, durfte man an den „pikanten“ Artikeln des Volksblattes aus Schwaben sich ergötzen. War doch geradezu Alles erlaubt, wenn es nur gegen die verhassten Preußen ging. Auf offenem Markt empfahl der Oberamtmann den Candidaten der Volkspartei, der sonst alle Fürsten ins Pfefferland gewünscht hatte und jetzt zum Schwärmer für kleinfürstliche Legitimität geworden war, die Polizeidiener warben Stimmen für denselben und die Volkspartei zeigte sich erkenntlich, indem sie Hochtories, wie dem Frhrn. v. Neurath, Empfehlungsbriefe auf die Wahlreise mitgab. Der Republicaner in der Maske des Legitimisten, der conservative Angstmann in der bunten Jacke des genfer Friedensliguisten — es war ein toller Carneval ohne Gleichen, eine Verwirrung aller Begriffe und Grundsätze, eine politische Demoralisation, die noch lange in unserem Lande nachwirken wird. Viel Naivetät gehörte dazu, wenn die Regierung meinte, bei der Landtagswahl die Dinge auf Commando wieder in ihr natürliches Geleise bringen zu können. Heute verschließt man sich auch gar nicht mehr der Einsicht, daß man sich durch das damalige Bündniß mit der Demokratie in die jetzige Lage gebracht hat. Ich wollte, flüsterte einer der Minister mit Seufzen, diese verwünschte deutsche Partei hätte es bei den Zollparlamentswahlen gewonnen. Nur Herr v. Warnbüler blickt sorglos wie immer in die Zukunft. Mit jener fröhlichen Miene, die ihm unverändert eigen ist, ob er Kriegsentwürfe faßt oder Friedensverträge schließt, und die ihn nur damals verließ, als er dem Zollparlament Rechnung ablegen sollte, drückt er die Hoffnung aus, daß, wenn nur erst die Gemüther sich herzlich werden expectorirt haben, dann die Kammer ganz leidlich tractabel sein werde.

Er kann sich allerdings auf Beispiele berufen. Allein bis jetzt erscheint es doch zweifelhaft, ob die jetzige Kammer bestimmt ist, erst in sechs Jahren eines natürlichen Todes zu sterben. Das Verhältniß der Parteien macht dies nahezu unmöglich.

Dies ist in der That seltsam genug. Kunstvoller könnten die Gruppen gar nicht vertheilt sein, um sich gegenseitig im Schach zu halten. Außerste Linke 25 Mann, linkes Centrum (sogenannte Großdeutsche) 20 Mann, macht für die vereinigte Linke 45 Stimmen. Regierungspartei 8, Ritter und Prälaten 23, nationale Partei 14, thut zusammen wieder 45 Stimmen. Sobald also die vereinigte Linke zusammenhält und andererseits die nationale Partei mit der Rechten geht, stehen sich die Parteien in gleicher Stärke gegenüber, jede richtige Entscheidung ist unberechenbar, vom Zufall abhängig. Die geringste Anwendung von Indisciplin oder die wenigen Stimmen der Wilden vermögen das Zünglein der Wage hierhin oder dorthin zu neigen. Doch hat es bis jetzt eher Neigung zur Linken, theils weil die Rechte aus zu verschiedenartigen Elementen besteht, um eng zusammenzuhalten, theils durch den Ausschlag der Ultramontanen, welche an Eifer gegen das Ministerium, wenigstens im Stillen, es der Volkspartei fast noch zuvor thun und gemeinschaftlich mit ihr für ein Ministerium Neurath-Mittnacht arbeiten, dem dann, wie man hofft, bald in den Nachbarstaaten rechts und links homogene Ministerien folgen werden, Ministerien des Südbundes.

Was ist unter diesen Umständen die Aufgabe der nationalen Partei? Sie faßt sich in die Frage zusammen: Hat die nationale Partei ein Interesse daran, das Ministerium Barmbüler zu halten, weil hinter diesem ein Ministerium Neurath steht? Stünden die Dinge auch nur so wie in München, wo eine, wenn auch höchst behutsame, doch ehrliche und zuverlässige Verwaltung, der ein nationales Gewissen schlägt, am Ruder ist, eine Verwaltung, hinter welcher zugleich eine ansehnliche, politisch achtbare Mittelpartei steht, so könnte jene Frage gar nicht aufgeworfen werden. Allein das Ministerium Barmbüler-Mittnacht-Golther hat sich in den deutschen Dingen einen ganz anderen Ruf erworben, es nimmt nicht zur Schonung der Stammesvorurtheile eine vermittelnde Stellung ein, sondern es hat eben diese Vorurtheile auf Außerste gereizt und gesteigert. Niemand hat das Vertrauen, daß es östreichischen oder französischen Einflüssen das Ohr verschleße, und hinter diesem Ministerium steht eine kleine Partei, unzuverlässig, politischer Grundsätze bar, die ihre Fühlung gar nicht nach der nationalen Seite sucht, außer wo sie die dortigen Stimmen für ihre Zwecke braucht, die vielmehr ihre natürlichen Anknüpfungspunkte in der großdeutschen Linken hat, wo es längst nicht an Symptomen der Gegenneigung fehlt und wo z. B. Desterlen ebenso gern sich finden läßt, als er aufgesucht wird. Unter diesen Umständen ist es eine

starke Zumuthung für die Nationalen, sich für ein Ministerium zu interessiren, das zudem gleichzeitig in den inneren Fragen keine Zugeständnisse im freihetlichen Sinn machen zu wollen scheint.

Den Versuch einer Verständigung hat die nationale Partei gemacht, indem sie bei der Präsidentenwahl mit der Rechten zusammenging und dieser half, nicht ohne Mühe wenigstens den ersten der drei dem König zu präsentirenden Candidaten durchzusetzen, während bei den beiden anderen Wahlen der Sieg der Linken blieb. In die Wahl zwischen Gessler und Probst gestellt, konnte freilich die nationale Partei keinen Augenblick schwanken. Gessler, der Kanzler der Universität Tübingen, Bruder des Ministers, ist ein Mann von gemäßigten Ansichten, derjenige unter der ministeriellen Partei, dem man vielleicht am wenigsten eine principielle Abneigung gegen die nationale Sache zuschreiben kann. Zwar darauf ist natürlich kein Gewicht zu legen, daß er im Jahr 1850 zum sogenannten plochinger Programm, einer schwäbischen Filtale des gothaer Programms, durch öffentliche Unterschrift sich bekannte; steht doch in jener Liste, die damals aus dem ganzen Lande zahlreiche Zustimmungserklärungen erhielt, dicht neben seinem Namen der — des jetzigen Cultusministers v. Goltzer. Allein Gessler war auf dem vorigen Landtage von der Regierungspartei der Einzige, welcher wenigstens mit ein paar Worten für das neue Militärgesetz eintrat, während sonst die Vertheidigung dieses unpopulären Gesetzes einzig auf den Schultern der deutschen Partei ruhte, welche für die Regierung die Kastanien aus dem Feuer holen und dabei gleichzeitig noch den weiteren Dienst leisten sollte, sich selbst gründlich zu ruiniren und unpopulär zu machen. Welche menschenfreundliche Absicht indeß von dem allgemeinen Stimmrecht nicht ratificirt wurde, aus welchem vielmehr die deutsche Partei gestärkt und vermehrt hervorgegangen ist. Die Wahl Probst's zum Präsidenten der Kammer hätte ausgesehen, als ob man von vorn herein eine Provocation gegen den norddeutschen Bund beabsichtigen wollte, und als solche war auch ohne Zweifel von der vereinigten Linken die Candidatur des Abgeordneten gestellt, der im Zollparlament dem Grafen Bismarck den Anlaß zu dem glücklichen Wort gegeben hat, daß der Appell an die Furcht keinen Widerhall in deutschen Herzen finde.

Daß die Unterstützung, welche die deutsche Partei der Regierung bei der Präsidentenwahl ließ, nicht mißverstanden werde, dafür sorgte gleich die Debatte über die Frage: Adresse oder nicht? Römer war der Einzige, der den ohne Zweifel richtigen Satz versocht, daß es am vernünftigsten wäre von einer Adresse Umgang zu nehmen. Er wollte Vorgänge vermieden wissen, die nur dazu dienen könnten, die schiefen Urtheile des Auslandes zu bestärken und dessen Einmischungsgehrte zu reizen. Dabei griff er aber aufs schärfste die zweideutige Politik des Ministeriums in der deutschen Frage an,

während Pfeiffer die Dürftigkeit des ministeriellen Programms in den inneren Fragen geißelte und ganz, wie R. Mayer vorschrieb, gleichzeitig von der anderen Seite die Volkspartei auf das Ministerium loszuschlug. So wurde das Ganze zu einem Vorgefecht für die Adreßdebatte, das dadurch noch mehr Colorit erhielt, weil auch die Nationalen und die Particularisten zum ersten Mal gegenseitig die Waffen prüften für den heißeren Kampf in der nächsten Woche.

7.

### Ein pariser Slavophile.

Frankreich hat sich von jeher gern zum Beschützer mehr oder minder unterdrückter Nationalitäten gemacht, einerseits wegen des Reliefs, welches dergleichen Protectorrollen verleihen, andererseits wegen der willkommenen Gelegenheit zur Einmischung in Angelegenheiten benachbarter Staaten. Es ist aber ziemlich neu, daß ein französischer Schriftsteller ganz allein und auf eigene Faust eine „unterdrückte“ Nationalität und zwar mit Eifer und nicht ohne Geschick protegirt. Schon wegen der Neuheit dieses Vorkommnisses verdient die literarische Thätigkeit dieses Schriftstellers einige Aufmerksamkeit. — Der Schriftsteller von dem wir reden ist Herr Louis Leger, der Pariser Czechophile, dessen Name bei Gelegenheit der Hufseier in Constanz (wo er eine Rede halten sollte, aber nicht gehalten hat) durch alle deutsche und französische Zeitungen die Kunde machte. Herrn Louis Leger's Name wurde aber damals nicht zuerst in Verbindung mit den czechischen Nationalitätsbestrebungen genannt. Schon im vergangenen Jahre hatte er durch ein in Gemeinschaft mit J. Friç herausgegebenes, übrigens in Oestreich verbotenes, Sammelwerk „La Bohême historique, pittoresque et littéraire“ sein Interesse für die czechische Sache bekundet und im Jahre 1866 unter dem Titel „Chants historiques et chansons populaires des Slaves de la Bohême“ eine Uebersetzung der Gedichte der bekannten königinhofer und grüneberger (!) Handschrift herausgegeben. Herr Leger hat in dieser Publication, welche sich an einen größeren Leserkreis adressirt, die Frage der Authenticität schwebend gelassen, indem er von den hauptsächlichsten Einwendungen, die gegen dieselbe gemacht sind, keine einzige zu widerlegen sucht. Auch mag ihm wohl selbst, trotz allen guten Willens, den Glaubensartikel jedes guten Czechen zu adoptiren, die Authenticität des Manuscripts nicht ganz über allen Zweifel erhaben sein, zumal er in seinen neuesten Publicationen, die einen